

Avanti ²

ISO Rhein-Neckar



Protestaktion von GE-KollegInnen in Mannheim, 28. November 2016.

Foto: *Avanti*².

GE, Siemens & Co. „Diktatur der Zahlen“

H. N.

Zum Jahresende schließt General Electric die traditionsreiche Turbinen-Fabrik in Käfertal. Obwohl es Kaufinteressenten gab, und ob-

wohl es zahlreiche, gut begründete Alternativvorschläge des Betriebsrats und der Belegschaft zur Auslastung der Fertigung gibt.

Fortsetzung auf Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,

nach dem Scheitern der neoliberalen „Jamaica“-Sondierungen steht nun offenbar eine weitere Neuauflage der GroKo auf dem Berliner Spielplan. Sollte sie zustande kommen, wird sie die prokapitalistische Agenda-Politik der letzten Jahre fortführen und die Krise des traditionellen Parteiensystems beschleunigen.

Die nicht nur ökonomisch wirksame „Diktatur der Zahlen“ der großen Konzerne ist zunehmend auch im Rhein-Neckarraum zu spüren. Wir befassen uns mit ihren Folgen und formulieren Vorschläge für strategisch angelegten Widerstand. In dem nun zu Ende gehenden Jahr wollen wir die epochale russische Revolution noch einmal kritisch würdigen. Wir fügen deshalb dieser *Avanti*² eine Sonderbeilage hinzu.

Wir freuen uns, wenn diese und die anderen Themen Euer Interesse finden, und wünschen Euch einen guten Rutsch in das neue Jahr!

Eure Redaktion

Inhalt

TITEL	GESCHICHTE
01 „DIKTATUR DER ZAHLEN“ Jetzt bekämpfen!	06 1917 Was bleibt?
BETRIEB UND GEWERKSCHAFT	AUS DER IV. INTERNATIONALE / ISO
03 FREUDENBERG Abbau über „Bedarf“?	07 Pakistan Solidarität erforderlich!
04 BR-WAHLEN I Rahmenbedingungen	07 ISO-HERBSTAUSFLUG Was sind Binnendünen?
SONDERBEILAGE „Oktober 1917 – Putsch oder revolutionärer Aufbruch?“	RÜCKBLLENDE / TERMINE
05 BR-Wahlen II Notwendige Überlegungen	08 „O HEILAND, REISS DIE HIMMEL AUF...“ Reformation und Bauernkrieg
	08 TERMINE

Insgesamt vernichtet GE allein in Mannheim zunächst 1060 Arbeits- und Ausbildungsplätze. Ein einmaliger Erfahrungsschatz für die „Energiewende“ fällt der „Diktatur der Zahlen“ endgültig zum Opfer.

Auch die verbliebenen rund 700 Stellen sind massiv bedroht. In der Regel verursacht zudem ein direkt gestrichener Arbeitsplatz den Verlust von zwei weiteren Stellen bei Zulieferern, Dienstleistern oder im Handel.

Siemens kopiert das Vorgehen von GE. Einerseits Milliarden Gewinne – offiziell 6,2 Milliarden Euro. Andererseits sollen 6.900 Arbeitsplätzen weltweit vernichtet werden, davon etwa die Hälfte in Deutschland.

Der strategische Ansatz aus Personalabbau, Werkschließungen und Verlagerungen in gewerkschaftsfreie Zonen meist in Verbindung mit Steuervermeidung und Subventions-Abzocke ist jedoch nicht neu. Und es ist nur eine Frage der Zeit, bis auch Siemens Mannheim dauerhaft betroffen sein wird.

Die Proteste gegen Siemens müssen natürlich unterstützt werden. Aber es bedarf einer wirksamen politischen Strategie gegen die „Diktatur der Zahlen“.

Bereits am 11. Juli 2005 hatten Betriebsrat und IGM-Vertrauenskörperleitung von Alstom Power in Käfertal zum „Widerstand gegen ‚Globalisierung‘ und Arbeitsplatzabbau“ aufgerufen.

Verbot von Entlassungen!

In ihrem „Mannheimer Appell“ heißt es unter anderem:

„Was [...] fehlt, das ist eine betriebsübergreifende Gegenwehr und ein allgemeiner gewerkschaftlicher Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung. [...]

Wir rufen deshalb alle von Entlassungen oder Werkschließungen bedrohten Belegschaften und unsere Gewerkschaften auf: Koordiniert den Widerstand über alle Grenzen hinweg!

Fordern wir gemeinsam die Einhaltung des Grundgesetzes ein: ‚Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Eine Enteignung ist ... zum Wohle der Allgemeinheit zulässig.‘ (Artikel 14 GG.) Kämpfen wir deshalb auch für ein Verbot von Entlassungen!“

Dennoch beschränken sich Betriebsräte und Gewerkschaften in der Regel auf das Aushandeln von „Interessenausgleich und Sozialplan“. Bestenfalls in Kombination mit einigen Protestaktionen oder sogar Streiks für einen „Sozialtarifvertrag“.

Ist es jetzt aber nicht höchste Zeit, dass den Kahlschlagaktionen von Konzernen wie GE und Siemens wirksam und umfassend die Stirn geboten wird? ■

„GE – unser Kampf – wie weiter?“

M. G.

Mit dieser Fragestellung setzte sich eine Konferenz der IG Metall Mannheim und des Überbetrieblichen Solidaritätskomitees Rhein-Neckar auseinander. Sie fand am 18. November 2017 im Otto-Brenner-Saal des Gewerkschaftshauses statt.

Ziel der Tagung war es laut Einladung, „das Verhalten von GE im Zusammenhang mit der Übernahme und Zerschlagung von Alstom Power zu analysieren und Schlussfolgerungen für unsere weitere Arbeit zu ziehen“.

Inhaltlich sollten folgende fünf Themen behandelt werden:

- **Wer und was ist GE? Welche Strategie und Philosophie liegt diesem Konzern zugrunde?**

Hierzu gab es eine Analyse der aggressiven GE-Methoden von Wolfgang Alles (Sprecher des Solikomitees). Seine zentrale Schlussfolgerung war: Es sei notwendig, „eine wirksame Verteidigungsstrategie gegen diese Art von ‚wirtschaftlicher Kriegsführung‘ – diese Methoden des Klassenkampfes von oben – zu entwickeln“ (siehe auch den vollständigen Text unter www.mannheim.igm.de/news/meldung.html?id=84559).

- **Wie sah das konkrete Vorgehen von GE bei der Zerschlagung der Ex-Alstom Power aus?**

Elisabeth Möller, Betriebsratsvorsitzende, KBR-Vorsitzende und stellvertretende Europabetriebsratsvorsitzende berichtete detailliert von ihrem übermenschlich anmutenden Kampf gegen einen mächtigen und rücksichtslosen Gegner.

- **Welche betriebswirtschaftlichen Alternativen gab und gibt es?**

Knapp und präzise skizzierte Michael Hoffmann vom Info-Institut Saarbrücken die betriebswirtschaftlich gut begründeten

Vorschläge der Betriebsratsseite, die von GE dennoch nicht akzeptiert wurden.

Ausführlich stellte Eckhard Sans vom Käfertaler GE-Betriebsrat eine beeindruckende Liste von alternativen Fertigungsprojekten für die Mannheimer GE-Fabrik vor (Windenergie, Kastoren-Fertigung, mechanische Bearbeitung für externe Kunden etc.). Ihre Umsetzung hätte langfristig den Erhalt von vielen Produktionsarbeitsplätzen und des einzigartigen Maschinenparks ermöglicht, wurde aber von GE kategorisch abgelehnt.

- **Welche Konsequenzen können wir aus dieser Entwicklung ziehen? Politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich, gewerkschaftlich und betrieblich?**

Aus Zeitgründen konnten diese wesentlichen Fragen leider nur ansatzweise von den Podiums-TeilnehmerInnen und den etwa 60 KollegInnen im Plenum diskutiert werden. Eine erfreuliche Einmütigkeit herrschte jedoch insofern vor, als allen Beteiligten klar war: Betriebsräte und Gewerkschaften stehen aufgrund der Erfahrungen mit GE vor enormen Herausforderungen. Ein „Weiter so wie bisher“ wäre fatal.

- **Welches erste Fazit können wir ziehen?**

Klaus Stein, der 1. Bevollmächtigte der IGM Mannheim, betonte zurecht, dass dramatische Entwicklungen hinter den Beschäftigten, den Betriebsräten und der IG Metall Mannheim liegen würden. Der durch GE erfolgte brutale Einschnitt, so Stein, müsse erst noch in allen Auswirkungen erfasst werden. Deshalb regte er eine regelmäßige Fortführung des auf der Konferenz begonnenen Austauschs über gewerkschaftlich und politisch wirksame Gegenstrategien an. ■

Freudenberg Weinheim

Rekordgewinne und Personalabbau

O. T.

Erneut müssen wir uns mit den „Struktur- und Kostensenkungsmaßnahmen“ und dem damit verbundenen Personalabbau bei Freudenberg in Weinheim befassen.

Bei Freudenberg Sealing Technologies (FST) waren vorwiegend noch im letzten Jahr – als Folge einer Produktionsverlagerung nach Ungarn – rund 160 Arbeitsplätze abgebaut worden. Zwar erfolgte der Abbau ohne betriebsbedingte Kündigungen mit Sozialplan und Interessenausgleich. Die Arbeitsplätze selbst sind aber für Weinheim verloren. Zudem soll die anhaltend hohe Auftragslage nun mit reduziertem Personal und mit Überstunden bewältigt werden. Mit anderen Worten: Der Arbeitsplatzabbau geschah über den für die Produktion erforderlichen Personalbedarf hinaus.

Das gleiche gilt für Freudenberg Performance Materials (FPM) und Freudenberg Filtration Technologies (FFT). Bei FPM sollte noch in diesem Jahr die Logistik mit 110 Beschäftigten geschlossen bzw. verlagert werden. Die Schließung zum Jahresende 2017 konnte jetzt, nicht zuletzt auch durch den Widerstand der Belegschaft und des Betriebsrats, verhindert werden.

Trotzdem wurde und wird der Personalbestand weiter reduziert. Bei FFT wird mehr als die Hälfte der Produktion in die Slowakei verlagert. 70 Arbeitsplätze in Produktion und im produktionsnahen Bereich sind davon betroffen. In beiden Bereichen wurden die Personalmaßnahmen bisher ohne betriebsbedingte Kündigungen über einen Sozialplan und Interessenausgleich umgesetzt.

Kündigungen noch nicht ausgeschlossen

Für rund 10 Betroffene aus dem FPM-Logistikbereich ist dies aber noch nicht gesichert. Falls keine Alternativarbeitsplätze im Konzern in Weinheim angeboten werden, droht diesen dann doch die betriebsbedingte Kündigung. Gleichzeitig sollen im Bereich FPM ebenfalls wegen einer erhöhten Auftragslage Überstunden geleistet werden.

Dies alles zeigt einmal mehr die Profitlogik, die hinter solchen Maßnahmen steht. Mit immer weniger Personal soll der höchstmögliche Gewinn herausgeholt werden. Dass dieses Konzept im Sinne der Kapitaleigner bislang aufgeht, das zeigt die wirtschaftliche Entwicklung des Freudenbergkonzerns.

In Weinheim wurden über die Jahre und Jahrzehnte immer mehr Arbeitsplätze abgebaut. Ende 2017 sind hier nur noch etwa 5.000 KollegInnen beschäftigt. Anfang der 1970er Jahre waren es noch rund 12.500. Stattdessen ist der Konzern außerhalb Weinheims, vor allem im außereuropäischen Ausland, kräftig gewachsen.

Weltweit arbeiten bei Freudenberg insgesamt etwa 48.000 Beschäftigte, davon zirka 25.000 in Europa. In Deutschland sind es noch rund 11.000 KollegInnen.

Rekordgewinne auf Kosten der Belegschaft

Das siebte Jahr in Folge konnten sowohl ein Rekordumsatz als auch ein Rekordergebnis erzielt werden. Der konsolidierte Net-

togewinn stieg von 521 Mio. Euro in 2015 auf 1.087 Mio. Euro in 2016. Die Umsatzrendite stieg von 6,9% auf 12,7%.

Angesichts dieser Zahlen wird deutlich, dass es vor allem die Freudenberg-Kapitalisten sind, die von dieser Entwicklung profitieren. Den Beschäftigten, die diesen Erfolg mit ihrer Arbeit erwirtschaftet haben, und der Gesellschaft werden die Folgen dieser Entwicklung aufgebürdet: Arbeitsplatzvernichtung durch Rationalisierung, Umstrukturierung und/oder Produktionsverlagerungen in Billiglohnländer, Abbau tariflich geregelter Vollzeitarbeitsplätze bei gleichzeitiger Ausweitung prekärer Arbeitsverhältnisse wie Befristungen und Leiharbeit, sowie immer mehr Leistungsdruck und schlechtere, gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen.

In einer Erklärung des Eurobetriebsrats Freudenberg vom November 2017 heißt es: „Insgesamt hat sich die Situation der Arbeitnehmer in keinsten Weise verbessert. Der Unternehmenserfolg ist in den Werkshallen von Freudenberg europaweit nur sehr wenig spürbar. Es besteht kein Zweifel daran, dass ein großer Teil des Erfolgs auf dem Rücken Tausender von Arbeitnehmern erzielt wurde, die ihre Arbeit überall unter stressigen und belastenden Bedingungen verrichten“.

Abbau bei Freudenberg stoppen

Vor diesem Hintergrund muss im Interesse der KollegInnen die gesamtgesellschaftliche Verantwortung des Konzerns, wie sie das Grundgesetz im Artikel 14. Absatz 2 vorgibt, eingefordert werden.

Es ist längst überfällig, dass nicht nur zum Wohle der Noch-Beschäftigten, sondern auch zum Wohle der gesellschaftlichen Entwicklung in der Region der Arbeitsplatzabbau bei Freudenberg gestoppt wird. Dazu bedarf es einer Strategie des koordinierten Widerstands durch die Belegschaften, die gewerkschaftlichen Vertrauenskörper und die Betriebsräte am Standort. Nur so kann der Spaltungspolitik des Kapitals entgegengewirkt werden. ■



Proteste gegen Abbau bei Freudenberg in Weinheim, 27.04.2017.

„Herausforderung BR-Wahlen – Was tun?“

Am 04. November 2017 fand unser gleichnamiges ISO-Seminar in Mannheim statt. Die TeilnehmerInnen kamen aus verschiedenen Betrieben links und rechts des Rheins. Sie bewerteten die Veranstaltung als sehr hilfreich für die Verbesserung ihrer betrieblichen und gewerkschaftlichen Arbeit. Wir veröffentlichen im Folgenden das einleitende Referat in einer überarbeiteten Fassung.

Von dem ausgehen, was ist.

H. N.

Wenige Riesen dominieren weltweit ihre Branchen. Die Konzentration von Geld und Macht verändert die Wirtschaft.“ Das schrieb die *Frankfurter Rundschau* am 28.10.2017.

Dies ist eine Bestätigung der großangelegten Studie von Forschern der ETH Zürich, die 2011 veröffentlicht worden ist. Ihr zufolge konzentriert sich die Macht über die Weltwirtschaft in immer weniger Großkonzernen. 1318 Firmen (von insgesamt 43.060 Konzernen) kontrollierten damals vier Fünftel der am Umsatz gemessenen Weltwirtschaft, und 147 Firmen beherrschten rund 40 Prozent der Weltwirtschaft.

Wer aber beherrscht die Konzerne? Die Anzahl der US-Dollar-Milliardäre stieg weltweit von 273 im Jahr 1991 auf 2.043 im Jahr 2017 (laut dem Magazin *Forbes*). Sie entscheiden mittels ihrer Beteiligungen über das Schicksal von Millionen Beschäftigten und über politische und wirtschaftliche Entwicklungen.

Das Netzwerk der globalen Kontrolle

Anders als etwa die am Umsatz orientierte Global-500-Rangliste des US-Wirtschaftsmagazins *Fortune* untersuchten die Züricher Forscher der ETH, welchen Großunternehmen wie viele Anteile an anderen Firmen gehören und welche Macht sie dadurch ausüben können. Macht bedeutet nach Max Weber die Wahrscheinlichkeit, dass ein Individuum – in der Wirtschaft ein Unternehmen – seinen Willen auch gegen den Widerstand anderer Beteiligter durchsetzen kann.

Die Auswirkungen dieser Kapitalkonzentration wirkt sich in mehrerlei Hinsicht aus:

- Auf die Verteilung von Einkommen zwischen den Unternehmen – die Großen hängen die Kleinen ab.
- Auf die Verteilung von Einkommen zwischen Kapital und Arbeit: Seit Jahrzehnten ist ein Rückgang der Lohnquote zu beobachten, also des Anteils des Volkseinkommens, das die Beschäftigten erhalten. Umgekehrt gibt es einen immer mehr ansteigenden Anteil der Kapitaleigner.

Neoliberaler Umbau der Welt

Der Putsch von den USA unterstützter chilenischer Militärs gegen den demokratisch gewählten linken Präsidenten Allende am 11. September 1973 war ein Startschuss. Seitdem entwickeln die Herrschenden den neoliberalen Umbau des Kapitalismus permanent weiter.

Unter dem Schlagwort der „Globalisierung“ wird die Deregulierung, Privatisierung und Flexibilisierung aller Bereiche vorangetrieben. Das Ziel ist die maximale Umverteilung von unten nach oben. Das Resultat ist eine zunehmend tiefer werdende Kluft zwischen den superreichen 0,1 % und der großen Mehrheit sowie eine Aufspaltung der arbeitenden Klasse.



Legendäres Transparent des Betriebsrats von Alstom Power Mannheim.

Die für den Kapitalismus benötigte gesamte Arbeitskraft soll in 1/5 Festangestellte, 2/5 Prekäre und 2/5 Ausgesonderte (die nicht mehr benötigt werden) aufgespalten werden.

„Diktatur der Zahlen“

Auf der Ebene von Konzernen wird diese Strategie mit zunehmender Brutalität angepasst und weiter perfektioniert. Vorbild ist dabei der von Jack Welch geprägte US-Gigant General Electric. Sein berühmter Satz „Fix it, sell it or close it“ ging als Leitmotiv in die internationale Management-Literatur ein.

Anders formuliert verfolgen Großkonzerne folgende Strategie, um Nr.1 in einem Geschäftsbereich zu werden: aufkaufen (bevorzugt von Konkurrenten), ausschlachten, aufspalten, verlagern, verkaufen oder schließen.

„Allein machen sie Dich ein!“

Um dem Druck des Kapitals standhalten zu können, müssen wir uns gut organisieren – im Betrieb und in der Gesellschaft.

Folgende sechs Vorschläge können uns dabei weiterhelfen:

1. Die eigene Qualifizierung fördern (Kenntnis der Firma, [gewerkschafts-]politische, rechtliche und fach-spezifische Schulung, Verstehen von Strategie und Taktik, Organisation der BR-Arbeit, Rhetorik, Zeitmanagement, Verhandlungstechniken, Balance Arbeit-Leben).
2. UnterstützerInnen suchen und finden.
3. Einen „harten Kern“ im Betriebsrat, im Vertrauenskörper und im Betrieb aufbauen.
4. Die gewerkschaftliche Verankerung in der Belegschaft stärken.
5. Die Aktions-/Mobilisierungsfähigkeit der KollegInnen entwickeln.
6. Überbetriebliche Solidaritäts-Strukturen auf- und ausbauen. ■

Betriebsratswahlen

Einige notwendige Überlegungen zur Betriebsratsarbeit*

U. D.

Im Betrieb prallen die Interessen von Kapital und Arbeit aufeinander. Das spiegelt sich auch bei den im Frühjahr 2018 anstehenden Betriebsratswahlen wider.

Womit sind die meisten Belegschaften und ihre Betriebsräte konfrontiert? Mit einem immer aggressiveren Mix aus Rationalisierung und Personalabbau, aus Arbeitsverdichtung und Arbeitsdruck.

Themen wie Arbeitszeit und ihre zunehmende Entgrenzung und Flexibilisierung stehen ebenso auf der Tagesordnung wie Entgeltfragen. Das Verhalten von Vorgesetzten und die Funktion der Hierarchie in Unternehmen ist ein weiteres Konfliktfeld. Wie bekämpfen Betriebsräte die oft ungerechte und ungleiche Behandlung von Beschäftigten?

Nicht zuletzt haben somit psychische Belastungen in der Arbeitswelt eine wachsende Bedeutung. Aber immer noch ist auch der physische Gesundheitsschutz im Betrieb von großer Gewicht.

Welche Gefährdungen entstehen durch die Arbeitsumgebung - Klima, Lärm, Hitze, Staub und Licht - in der Produktion, im Lager, im Labor oder im Büro?

Diese Liste ließe sich leicht fortsetzen.

Ohne spezifische Fachkenntnisse und ohne fachübergreifendes Wissen ist keine wirksame Betriebsratsarbeit möglich.

Wofür kämpfen wir?

Unsere Interessen sind: gute, tariflich abgesicherte Regelungen beim Entgelt, der Arbeitszeit usw. - statt Niedriglöhne und Tarifrucht. Wir wollen „Gute Arbeit“ und den Erhalt unserer Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Wir brauchen Festanstellung statt Leiharbeit und Werkverträge. Wir benötigen die Durchsetzung und Ausweitung unserer Rechte nicht nur im Betrieb. Zum Beispiel durch einen Schutz vor Entlassungen, zum Beispiel durch die Beseitigung von Gesundheitsgefährdungen mittels einer durch das Arbeitsschutzgesetz vorgeschriebenen ganzheitlichen Gefährdungsanalyse/Gefährdungsbeurteilung.

Wir benötigen ein angstfreies Klima im Unternehmen. Wir wollen mit der Arbeit und nicht durch die Arbeit alt werden - und gesund in die Rente gehen.

Sozialpartnerschaft als Königsweg?

Selbst Jörg Hofmann (1. Vorsitzender der IG Metall) sagt: „Das Ringen zwischen Kapital und Arbeit kennt keinen Stillstand.“

Wir sind im Betrieb mit dem unversöhnlichen Interessengegensatz von Kapital und Arbeit konfrontiert. Deshalb ist vor allem anderen ein klares und umfassendes Verständnis dieses Gegensatzes („wir und die“) erforderlich.

Wir brauchen also kein „Co-Management“, sondern Gegenmacht im Betrieb. Das bedeutet den geduldigen Aufbau von harten Kernen aus „Widerständigen“ im Betriebsrat, im Vertrauenskörper und in der Belegschaft. Das sind KollegInnen, die etwas ändern wollen.

Ohne die Entwicklung starker, handlungsfähiger und demokrati-

scher Strukturen unserer Interessenvertretung wird das nicht gehen.

Dabei müssen wir die Ausgangslage berücksichtigen und lernen, sowohl strategisch als auch taktisch zu denken und zu handeln. Wer nur kurzfristig denkt und arbeitet, läuft Gefahr, seine Kräfte falsch einzuteilen und die Orientierung zu verlieren. Wir benötigen daher wesentliche Ziele und eine kurz-, mittel- und langfristige Planung, um sie zu erreichen. Wo immer möglich, sollten wir dabei die Belegschaft einbeziehen.

Wir müssen kontinuierlich unser Handeln diskutieren und bilanzieren. Wir müssen lernen, dass sich nicht jeder Konflikt lohnt. Bei Auseinandersetzungen positionieren wir uns zwar gegen die Betriebshierarchie, vertreten aber die jeweils niedrigere Ebene gegen die jeweils höhere.

Nur gemeinsam sind wir stark!

Ohne einen achtsamen „Selbstschutz“ können wir leicht bei engagierter Betriebsratsarbeit verbrennen. Auch deshalb sollten wir unsere Tätigkeit bestmöglich „vernetzen“ und koordinieren. Das geht nicht ohne von- und miteinander zu lernen, sich auszutauschen und solidarisch zu diskutieren.

Wenn wir unsere gemeinsamen Interessen gegenüber der Kapitaleseite betonen, sollten wir immer die Förderung von Selbstorganisation, Eigenaktivität und demokratischer Entscheidungsfindung im Blick haben.

Solidarität im Betrieb und außerhalb wird nur dann wirksam, wenn wir das Vertrauen in die eigene Kraft stärken und die Spaltung der Belegschaft durch das Kapital „aufheben“.

*Dieser Text ist die Zusammenfassung eines weiteren Referats auf unserem Seminar zu Betriebsratswahlen, das am 04. November 2017 in Mannheim stattgefunden hat. ■



Aufkleber in Chemnitz, 26.02.2017.

Foto: Avanti².

„Als sich alles änderte – Die russische Revolution vor hundert Jahren“

G. K.

So hieß die Abendveranstaltung zum einhundertsten Jahrestag der Oktoberrevolution am 07. November 2017 im Mannheimer Cinema Quadrat. Die örtlichen Medien hatten zwar die Veranstaltung praktisch totgeschwiegen, aber der Publikumsandrang war dennoch groß. Der Einlass zum Kino musste wegen Überfüllung geschlossen werden.

Über 100 BesucherInnen konnten ein vielfältiges und anspruchsvolles Programm verfolgen: eine Lesung, eine Analyse der historischen Ereignisse und eine mit Live-Musik kombinierte Film-Projektion. Zudem waren im Vorraum eine kleine Plakat-Ausstellung und ein erlesenes Bücherangebot zu sehen.

Die Einladung der VeranstalterInnen brachte ihr Anliegen auf den Punkt: „Zehn Tage, die die Welt erschütterten - so nannte der US-Journalist John Reed seinen Bericht über den Oktoberaufstand. 100 Jahre später ist es Zeit, sich zu erinnern.

Zweifelsohne war das, was 1917 geschah, ein Jahrhundertereignis. Die Februarrevolution stürzte die feudale Diktatur der Zaren. Sie eröffnete eine Phase heftigster Kämpfe. Alles änderte sich. In Russland und weit darüber hinaus.“

Putsch oder revolutionärer Aufbruch?

Die Mannheimer SchauspielerIn Bettina Franke rezitierte in berührender Weise aus dem Poem *Oktober* des russischen Dichters und Revolutionärs Wladimir Majakowski.



„100 Jahre russische Revolution“ - Veranstaltung in Mannheim, 07.11.2017.

Foto: Kamillus Wolf.

Helmut Dahmer (Wien), ein ausgewiesener Kenner der Entwicklungen in Rußland, nahm unter dem Titel *Oktober 1917 - Putsch oder revolutionärer Aufbruch?*

eine beeindruckende, kritische Würdigung der Geschehnisse vor. (Sein Referat ist Inhalt einer Sonderbeilage zu dieser *Avanti*?)

Sergej Eisensteins Stummfilm-Klassiker *Oktober* war in einer restaurierten Kurz-Fassung zu sehen. Bereits vor der Erstaufführung 1928 wurde das Werk stalinistischer Zensur unterworfen. Seine Geschichte spiegelt auch die Bürokratisierung der nachrevolutionären Gesellschaft wider.

Das famose Mannheimer *kleine elektronische weltorchester* – ewo² mit Bernd Köhler (Gesang, Gitarre), Laurent Leroi (Akkordeon) und Joachim Romeis (Geige) lieferte großartige Live-Musik zu den bewegten Bildern.

Veranstaltet wurde der sehr gelungene Abend vom Mannheimer Aktionsbündnis „Wir zahlen nicht für Eure Krise!“ gemeinsam mit dem Cinema Quadrat und mit freundlicher Unterstützung von attac Mannheim, Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg und Zukunftsforum Gewerkschaften Rhein-Neckar. ■



Das kleine elektronische Weltorchester (ewo²), 07.11.2017.

Foto: Kamillus Wolf.

Repression in Pakistan

Solidarität mit GenossInnen der Awami Workers Party!

W. D.

Die Awami Workers Party (AWP - <http://awamiworkersparty.org/>) ist heute die wichtigste Kraft der pakistanischen Linken, die unter sehr widrigen Bedingungen arbeitet.

Die AWP ist 2012 aus einer Serie von Vereinigungsprozessen entstanden, bei denen die GenossInnen der Labour Party Pakistan eine führende Rolle gespielt haben. Ihre Stärkung ist Folge einer konsequenten Mobilisierungsarbeit

- in verschiedenen Sektoren der ArbeiterInnenklasse (u. a. Textil, Ziegelindustrie, Belegschaften von privatisierten Staatsunternehmen)
- im Kampf für Frauenrechte
- beim Eintreten gegen chauvinistische Kriegstreiberei im Konflikt mit Indien
- in den Bewegungen zur Verteidigung von Landrechten und
- in der Arbeit für demokratische und Minderheitenrechte.

Die Erfolge unserer GenossInnen sind nicht ohne Gegenreaktion geblieben. Das weiterhin unter starkem Militäreinfluss stehende Regime setzt immer wieder auf brutale Repression, wenn Massenmobilisierungen Interessen der Herrschenden in Frage stellen. Immer häufiger wird dabei auf die „Anti-Terrorismus-Gesetzgebung“ zurückgegriffen, in unfairen Prozessen kommt es zu drakonischen Urteilen.

Zwei besonders drastische Beispiele sind:

- die Verurteilung des Genossen Baba Jan zu einer lebens-

länglichen Freiheitsstrafe für seine Rolle in der Mobilisierung von Überlebenden einer Umweltkatastrophe in der Minderheiten-Region Gilgit-Baltistan (Näheres: [https://en.wikipedia.org/wiki/Baba_Jan_\(politician\)](https://en.wikipedia.org/wiki/Baba_Jan_(politician)))

- die Verhaftung und Misshandlung von Mitgliedern der Bauern- und Bäuerinnenorganisation AMP in der Provinz Punjab (zum Teil jahrelang ohne Prozess, wie im Falle des AWP-Mitglieds Ghulam Dastagir Mehboob, der kürzlich nach fünf Jahren Haft aufgrund gefälschter Mordvorwürfe unter öffentlichem Druck freigelassen worden ist).

Die Kampagnen zur Verteidigung von Opfern der Repression erfordert nicht zuletzt große finanzielle Mittel (etwa für Anwälte, Transport zu Demonstrationen und Propagandamaterial). Unsere pakistanischen GenossInnen brauchen deshalb Unterstützung. ■

Wir bitten deshalb um Spenden an die Nichtregierungsorganisation ESSF (<http://www.europe-solidaire.org/>) mit dem Stichwort „Pakistan“.

Spendenkonto:

Kontoinhaber: ESSF,

IBAN: FR85 3000 2005 2500 0044 5757 C12,

BIC/SWIFT: CRLYFRPP

Crédit Lyonnais, Agence de la Croix-de-Chavaux (00525), 10 boulevard Chanzy, 93100 Montreuil, France

Herbstausflug in die Binnendünen

A. B.

Unser traditioneller ISO-Herbstausflug führte uns am 19. November 2017 bei strahlendem Sonnenschein in ein ganz besonderes Gebiet – die Binnendünen bei Speyer.

Am Ende der letzten Eiszeit begann vor etwa 12.000 Jahren die Erosion des Bundsandsteingebirges der Hardt. Es entstanden Sandablagerungen. Bäche und Winde transportierten sie in die Rheinebene und formten dort Binnendünen.

Eines der bedeutendsten Vorkommen dieser geologischen Besonderheit ist zwischen Dudenhofen und Speyer zu finden. Bis zu fünf Meter hohe Dünen gibt es hier zu entdecken. Die höchste Erhebung ist der sogenannte Ameisenberg.

Klimatisch extreme Temperaturwechsel zwischen Tag und Nacht lassen nur eine bestimmte Flora und Fauna zu. Der Dudenhofener Naturforscher Erich Bettag hat in den Binnendünen seltene Pflanzen und Tiere identifiziert (unter anderem mehrere hundert Käfer-, Schmetterlings- und Wildbienenarten).

Die Nazi-Wehrmacht nutzte das Gebiet ab Mitte der 1930er Jahre als Truppenübungsplatz für den Wüstenkrieg. Die Bundeswehr ist auch heute noch dort aktiv. Zudem stellt ein gedanken- und rücksichtsloses „Freizeit-Verhalten“ eine große Bedrohung für die Tier- und Pflanzenwelt dar.

Nur ein konsequent durchgesetzter Naturschutz kann den einmaligen Schatz der Speyerer Binnendünen langfristig erhalten. ■



Binnendüne bei Speyer, 19.11.2017.

Foto: Avanti².

„O HEILAND, REISS DIE HIMMEL AUF...“

E. B.

Ein musikalisch-literarisches Zeitengemälde zu Reformation und Bauernkriegen begeisterte ein zahlreich erschienenenes Publikum am 25. November 2017 in der Mannheimer Lutherkirche.

Neben dem Projekt-Initiator Bernd Köhler und seiner Band ewo² wirkten zahlreiche MusikerInnen und SchauspielerInnen aus der Region mit.

Im Zentrum der beeindruckenden Aufführung standen neben der Erhebung der ausgebeuteten und unterdrückten Bauern die

Kontroverse zwischen Martin Luther, dem Vordenker der Reformation und Feind der Aufständischen, sowie Thomas Müntzer, dem Wortführer des Befreiungskampfs von unten.

Erfreulich war nicht zuletzt, dass die oft unbekannt regionalen Bezüge der Bauernkriege (Nußdorf bei Landau!) vermittelt wurden.

Veranstalter des Abends waren die Evangelische Kirche in Mannheim und die örtliche IG Metall. ■



Foto: helmut-roos@web.de

ZeitenGemälde zu Reformation und Bauernkrieg, Mannheim 25.11.2017.

ISO/IV. Internationale Wer wir sind und was wir wollen

Die *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen

Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- DI, 05.12.2017, 18:45 Uhr, Treff zur öffentlichen Gemeinderatssitzung zum Klinikum, Stadthaus MA, N1
- SA, 09.12.2017, 14:00 Uhr, Demo gegen Abschiebungen, Stuttgart
- DO, 14.12.2017, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- SA, 16.12.2017, 17:00 Uhr, ISO-Jahresendfeier, MA
- DI, 19.12.2017, 19:00 Uhr, Katalonien – wie weiter?, Gewerkschaftshaus MA

Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10
D-68026 Mannheim
Fon/Fax: +49 (0) 621/156 40 46
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de
Web: www.iso-4-rhein-neckar.de

